

Fernsehen, Öffentlichkeit und friedliche Revolution 1989

von Thomas Großmann

Am 7. Oktober 1989 hängte Steffen S. im brandenburgischen Lindow ein Transparent mit seinen Forderungen für den 40. Jahrestag der DDR auf den Markplatz des kleinen Dorfes: „Reelle Berichterstattung in unseren Medien – freie Wahlen statt Manipulation – Reisefreiheit statt Massenflucht – Zulassung von Oppositionsgruppen – Mitbestimmung in der Gesellschaft statt Entmündigung – Reformen statt Volksverdummung und einen Zivilersatzdienst“. Ganz ähnlich brachten in diesen Herbsttagen 1989 Zehntausende DDR-Bürger ihren Unmut und ihre Verzweiflung über das Leben in der DDR, über die ökonomische und politische Mangelgesellschaft durch Demonstrationen, Gebete, Flugblätter und Transparente zum Ausdruck. Nach Jahren der scheinbaren Ruhe entstand innerhalb weniger Wochen aus kleinen Kreisen eine breite Oppositionsbewegung gegen die Allmacht der Staatspartei SED. Immer wieder begegnete man in diesen Tagen der Forderung nach einer „reellen Berichterstattung“ und einem Ende der „Volksverdummung“. „Die Leute sind wütend über die anhaltende Schönfärberei, über die billige Informationsmanipulation“, schrieb der Leipziger Schriftsteller Radjo Monk am 3. Oktober 1989 in sein Tagebuch. Selbst unter den Stützen der SED-Herrschaft breiteten sich Zweifel aus, wie es weitergehen könne, wenn von der Parteiführung nichts zu hören und zu sehen war. So fasste die Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die Stimmung unter den Soldaten und Offizieren der Nationalen Volksarmee am 7. Oktober wie folgt zusammen: „Zunehmend breiter finden Äußerungen und Fragen zur ‚Inneren Opposition‘ und deren Aktivitäten Niederschlag im Stimmungsbild. So wächst die Erwartungshaltung zu einem Reagieren der Medien der DDR. Besonders in den gebildeten Einsatzkräften wird der Widerspruch zwischen den Darstellungen der Medien und dem Verschweigen der Ereignisse einerseits und den erfüllte Aufgaben andererseits angesprochen. Besonders Führungs- und Berufskader erwarten eine Reaktion der Partei- und Staatsführung auf die anstehenden Fragen der inneren Entwicklung.“ Seit Monaten schon war die SED-Führung nicht in der Lage, angemessen auf die Herausforderungen des Jahres 1989 zu reagieren. Zu diesen Herausforderungen zählten seit dem Sommer 1989 insbesondere die Nachrichten und Berichte des

West-Fernsehens. Denn bekanntlich konnten in der DDR rund 85 bis 90 % der Menschen ARD, ZDF und die regionalen dritten Programme empfangen und die Korrespondenten der westdeutschen Hörfunk- und Fernsehsender unterliefen auf diese Weise das von der SED angestrebte aber nie erreichte Informationsmonopol.

Es liegt daher nahe, nach der konkreten Bedeutung der Fernsehnachrichten und die durch sie hergestellte Öffentlichkeit für die friedliche Revolution und das Ende der SED-Herrschaft zu fragen. Eine einfache Antwort kann es aber nicht geben, denn Medienwirkungen sind nicht kausal. Das Stimulus-Response-Modell linearer Kommunikation führt hier in die Irre. Ziel des Forschungsprojektes ist es daher nicht, Wirkungen der Fernsehnachrichten nachträglich zu „messen“. Vielmehr kann ein kommunikatives Feld beschrieben werden, dass in der besonderen Situation 1989 auch eine besondere Bedeutung hatte. Die Einzelelemente dieses Feldes wie etwa das Fernsehen, die Straße, die Kirchen und verschiedene Publikationen und Gruppen können einzeln betrachtet und auf plausible Verknüpfungen und Wechselwirkungen hin untersucht werden.

Mit dem Jahr 1989 änderten sich Themen und Tendenzen der bisher üblichen Berichterstattung in den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sender der Bundesrepublik. Insbesondere waren Michael Gorbatschows Perestroika, die Verhandlungen am Runden Tisch in Polen, die ersten halbfreien Wahlen zum polnischen Parlament sowie die deutlich erkennbare Hinwendung der Reformkommunisten in Ungarn zu Demokratie und Marktwirtschaft über die Berichte der Korrespondenten von ARD und ZDF in der DDR präsent. Diese Berichte bildeten einen deutlichen Kontrast zu den Informationen der DDR-Medien, denen dazu wenig bis gar nichts zu entnehmen war. Stattdessen pries der Parteijournalismus der „Aktuellen Kamera“ die Perspektive eines „Sozialismus in den Farben der DDR“, was auf eine weitere Isolierung im von Gorbatschow versprochenen „gemeinsamen europäischen Haus“ hindeutete.

Wertet man die Nachrichtensendungen der ARD und des ZDF nach thematischen Kriterien wie z.B. „Berichte über Flüchtlinge“, „Proteste in der DDR“ und „Berichte über Opposition“ aus, bestätigt sich die Annahme, dass sich „Tagesschau“ und „Heute“ von März bis Anfang Oktober 1989 zu einer Art Ersatz-Öffentlichkeit für die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme der DDR entwickelten. Auch weil sich der Umfang der Berichterstattung aus Ost-Berlin in diesem Zeitraum etwa

verzehnfacht hatte. Das bedeutete zunächst, dass die Probleme der DDR durch ARD und ZDF überhaupt thematisiert wurden. Somit war ein Mindestmaß an Informationen verfügbar und die westdeutschen Nachrichtensendungen wirkten an der privaten Meinungsbildung der Mehrheit der DDR-Bürger mit. Sie schufen durch diese Thematisierung der Probleme ein Krisenbewusstsein, das sich mit der privaten Alltagserfahrung verband und das zunehmende Bedürfnis nach glaubwürdiger Information und Kommunikation weckte. Dieses Bedürfnis konnte und sollte durch das staatlich kontrollierte Mediensystem der DDR nicht geleistet werden. Besonders im Sommer 1989 war das unübersehbar, als Zehntausende DDR-Bürger das Land über Ungarn in die Bundesrepublik verließen. Mit einer Mischung aus Schweigen und Diffamierung reagierten die DDR-Medien auf den augenscheinlichen Exodus, der den Problemen der DDR-Gesellschaft Gesichter und Stimmen gab. Besonders diese Bilder und Äußerungen der Flüchtlinge scheinen das latent vorhandene Gefühl der Stagnation und der Krise bestärkt zu haben. So entstand in der DDR eine politisch-kommunikative Verdichtung, was bedeutet, dass sich die Aufmerksamkeit und die Medienkontakte der Menschen erhöhten. Gleiches gilt für die Bedeutung der Anschlusskommunikation zwischen Kollegen sowie in den Familien und im Freundeskreis.

Tatsächlich nehmen die Bilder und Berichte über die Flüchtlingswelle in den Quellen einen breiten Raum ein und lassen die Zuspitzung der Situation erahnen. So schrieb Radjo Monk über die Ausweisung der Flüchtlinge aus den Botschaften am 3. Oktober 1989: „Am Wochenende sind Tausende aus den Botschaften der BRD in Prag und Warschau in Zügen der Deutschen Reichsbahn ‚abtransportiert‘ worden in den Westen. In der Prager Botschaft sollen sich dreitausend Leute aufgehalten haben, in Warschau knapp tausend – das sind insgesamt viertausend. Angekommen im Westen sind aber sechstausend. Sind da noch zweitausend auf die durch DDR-Gebiet fahrenden Züge aufgesprungen? In den Westmedien gerinnt das absurde Drama zum Rührstück für Liebhaber der ganz großen Geste, die hiesigen Medien sind mit Schuldzuteilung und Verdrängung beschäftigt. (...) Zurzeit ist es ganz gleich, wohin man sich begibt, überall stößt man mit der Nase auf das Problem Nummer eins: Ausreise oder Reformen.“ Die wochenlangen Berichte und besonders die dramatischen Bilder über die Massenflucht vieler vor allem junger DDR-Bürger haben über das Fernsehen eine starke Mobilisierungskraft für breite Bevölkerungskreise entfaltet. Viele Äußerungen deuten darauf hin, dass insbesondere die Kluft zwischen

der Berichterstattung von „Tagesschau“ und „Heute“ einerseits sowie der „Aktuellen Kamera“ andererseits für die Mobilisierung des Protests in der DDR bedeutsam war. So schrieb ein Arbeiter aus Gera am 11. Oktober 1989 an das Fernsehen der DDR: „Durch die Ereignisse der letzten Wochen in der CSSR, DDR und Ungarn wie auch Polen, durch selbst erlebtes und Diskussionen auf allen Ebenen meines Umfeldes, durch die Berichterstattung in Funk, Presse und Fernsehen und vor allem durch die fehlende Berichterstattung im Fernsehen der DDR und die skandalöse Kommentierung der Fluchtwelle, der Demonstrationen (...) sehe ich mich veranlasst, Ihnen zu schreiben und meinen Protest kund zu tun. Wie ist es möglich, dass Zehntausende Menschen, die jahrelang den Staat mit aufgebaut haben (...), so diffamiert werden. Eltern hören unglaubliche Urteile über ihre Kinder, Arbeitskollegen geht es nicht besser. Eine wahre Flut von Unrat wurde über die Mitmenschen ausgeschüttet. Gegen die Bezeichnung von Rowdytum für Demonstranten in Leipzig und anderswo möchte ich mich entschieden verwahren. Auch ich gehörte am 9. Oktober zu diesen absolut friedlich demonstrierenden Menschen. (...) Ich kann Ihnen und Ihren Mitarbeitern nur empfehlen, endlich eine wahre Berichterstattung zu bringen.“

Neben der Flüchtlingswelle haben besonders die Fernsehbilder der von Volkspolizei und MfS gewaltsam unterdrückten Proteste und Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Berlin zur Delegitimierung der SED-Herrschaft beigetragen. Denn die Staatspartei hatte mit Rücksicht auf das internationale Renommee der DDR stets darauf geachtet, die Gewalt gegen ihre eigenen Bürger nicht sichtbar werden zu lassen. Im September und Oktober 1989 gelang dies – auch durch die Zusammenarbeit von Bürgerrechtlern und Korrespondenten – immer weniger und entsprechende Bilder lösten ein breites gesellschaftliches Echo aus. Einen Eindruck der Wirkungen dieser Aufnahmen vermittelt ein Tagebucheintrag von Radjo Monk vom 8. Oktober 1989: „Im TV Bilder von den Demos der letzten Nacht in Berlin, Männer in Zivil schlagen auf einen am Boden Liegenden ein, blutende Nasen, erhobene Fäuste, die heilige Fünf aus Zeigefinger und Mittelfinger gebildet vor der Kamera. Bilder aus dem Westfernsehen. Bilder, wie die Polizisten die Straße vor dem Hauptbahnhof entlang stürmen, schwarzweiß, wahrscheinlich von einem Hotel aus aufgenommen. Eine Frau mit einer Handtasche wird zu einem Mannschaftswagen geführt. Ein Jugendlicher rennt gegen ein erhobenes Schild, wird zurückgestoßen, taumelt, ein Polizist schlägt ihm den Knüppel über den Ansatz der

Wirbelsäule. Keine Bilder im DDR-TV. Nur die lapidare Information, dass Randalierer, die mit den BRD-Medien konspirieren, den Jubel stören wollten. Kein Wort, dass es Tausende in vielen Städten waren. Öffentliche Kriminalisierung. Jeder Tag, der mit Verschweigen der Tatsachen vergeht, bringt uns näher an die Mutter der Gewalt, den Vater des Zorns.“ Die von vielen Beobachtern befürchtete gewaltsame Konfrontation des SED-Staates mit seinen Bürgern blieb zum Glück aus, die Revolution blieb friedlich. Für den damaligen Chefredakteur des ZDF, Klaus Bresser, hat die „Macht der Bilder Töten und Sterben verhindert.“

Zusammenfassend lässt sich die Bedeutung der Fernsehnachrichten für die Entstehung einer reflexiven Öffentlichkeit in der friedlichen Revolution 1989 in fünf Punkten zusammenfassen. Erstens gibt es ein enges, dynamisches Verhältnis zwischen realen Ereignissen und ihren medialen Abbildungen. Zweitens hat die konkurrierende Fernsehberichterstattung über die Flüchtlingswelle im Sommer und Frühherbst wichtige Folgen. Denn sie führt zum weiteren Anschwellen der Flüchtlingswelle und zu einer verstärkten Erosion der SED durch ihre kommunikative Verweigerung und Perspektivlosigkeit. Beides begünstigt eine mediale Sondersituation, die als Voraussetzung für die revolutionäre Situation in der DDR verstanden werden kann. Drittens findet eine weitere Delegitimierung durch die in Fernsehbildern sichtbar gewordene Polizeigewalt Anfang Oktober 1989 statt. Die anschließend einsetzende Thematisierung der Polizeigewalt auch in den DDR-Medien führt dazu, dass das fest gefügt diskursive System der DDR Risse bekommt. Viertens setzt die kontinuierliche Berichterstattung von ARD und ZDF das DDR-Fernsehen so unter Druck, dass unter den Journalisten ein allmählicher Loyalitätsverlust gegenüber der SED einsetzt, der mit dem Sturz Honeckers beginnt und eine allmähliche Öffnung der Parteimedien zur Folge hat. In der Folge wird fünftens die innere Dynamik der Entstehung einer unabhängigen, freien Öffentlichkeit und die Erosion der SED-Herrschaft durch die DDR-Medien unterstützt und von den Westmedien beschleunigt.